

**Gliederung**  
**für die mündliche Verhandlung**  
**des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts**  
**am 9. und 10. Mai 2017**

- A. Einführende Stellungnahmen (je 5 Minuten)
  
- B. Zulässigkeit
  - I. Antragsgegenstand
  - II. Verpflichtungsantrag
  - III. Rechtsschutzbedürfnis
  
- C. Begründetheit
  - I. Informationsinteresse zur Ermöglichung parlamentarischer Kontrolle
    - Stellenwert einer öffentlichen Information des Parlaments
    - Information nach Maßgabe der Geheimschutzordnung
    - Information eines parlamentarischen Kontrollgremiums
  
  - II. Allgemein: Grenzen des parlamentarischen Informationsanspruchs
    - 1. Formell: Hinreichende Geltendmachung von Antwortverweigerungsgründen
      - Umfang der Begründungspflicht bei Nichtbeantwortung und nicht öffentlicher Beantwortung
      - Nachschieben von Gründen
    - 2. Materiell: Vorliegen und Gewicht von Antwortverweigerungsgründen
      - a) Verantwortungsbereich der Bundesregierung
        - aa) Nachgeordnete Behörden
        - bb) Öffentliche Unternehmen, insbesondere in Form von Aktiengesellschaften
      - b) Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung
      - c) Grundrechte Dritter
      - d) Gründe des Staatswohls
      - e) Einfachgesetzliche oder vertragliche Verschwiegenheitspflichten
      - f) Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit
  
  - III. Konkret: Fragenkomplex Deutsche Bahn AG

1. Gegenstand parlamentarischer Kontrolle und Legitimationsbedürftigkeit
2. Verantwortungsbereich der Bundesregierung nach Art. 87e GG
3. Grenze: Grundrechte oder grundrechtsähnliche Rechte der Deutschen Bahn AG?
4. Subsumtion
  - a) Kleine Anfrage „Fulda-Runden der Deutschen Bahn AG und Finanzierungsvereinbarungen zu Bedarfsplanprojekten“
  - b) Kleine Anfrage „Wirtschaftlichkeitsberechnung für Stuttgart 21“
  - c) Kleine Anfrage „Zugverspätungen“

#### IV. Konkret: Fragenkomplex Finanzmarktaufsicht

1. Parlamentarische Kontrolle der staatlichen Aufsicht über und Regulierung der Tätigkeit der Banken und des Finanzmarktes
2. Grenzen:
  - a) Gefährdung der Funktionsfähigkeit der Finanzmarktaufsicht
  - b) Gefährdung des Erfolgs staatlicher Stützungsmaßnahmen
  - c) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse beaufsichtigter Banken
  - d) Allgemeines Persönlichkeitsrecht der Mitarbeiter
3. Subsumtion
  - a) Schriftliche Fragen zur IKB/Finanzmarktaufsicht
  - b) Kleine Anfrage „Ausübung parlamentarischer Kontrollrechte im Bereich Finanzmarkt“

#### V. Rechtsfolgen

#### D. Abschließende Stellungnahmen